

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

Erscheint zwei Mal täglich, auch Sonntag früh. — Bezugspreis: Abnehmer monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M., durch Träger u. a. m. Verbreitungen frei ins Haus monatlich 1.75 M., vierteljährlich 5.25 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.65 M., vierteljährlich 4.95 M., ohne Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikoladstr. 11. Fernruf Nr. 5515, 5516, 5517. — Anzeigenpreise: Im Wiesbadener und Provinz-Nassauer 30 Pf., Neblamzettel 1.25 M.; außerhalb 35 Pf., Neblamzettel 1.75 M. Zeitungspreise u. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 60 M. pro 1000.

Nummer 396

Mittwoch, 27. August 1919.

73. Jahrgang

Ämtliche Bekanntmachungen

Bekanntmachung.

Betrifft Presse, Zeitschriften, Films, Bücher.

1. a) Erlaubt ist: Die Veröffentlichung und die Einführung im besetzten Gebiet sämtlicher Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren, Bücher und Films jeglichen Ursprungs, mit Ausnahme derjenigen, welche schon unterstellt worden sind oder noch unterstellt werden.

b) Vorläufig dürfen die politischen Zeitungen des unbesetzten Deutschlands nur dann eingeführt werden, wenn sie an die Buchhändler oder Zeitungsagenten adressiert werden.

c) Es ist Privatpersonen verboten, sie direkt zu beziehen. II. a) Die Buchhändler können im unbesetzten Deutschland Bücher beziehen und direkt erhalten.

b) Es ist aber solche Werke, Zeitschriften, Bilder usw. zum Verkauf bringen, welche für die Sicherheit oder die Würde der Besatzungstruppen schädliche Tendenzen enthalten, so haben sie sich einer Verurteilung ausgesetzt.

c) Ein Exemplar aller Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren, Bücher usw., welche durch die Buchhändler verkauft werden, sowie ein Exemplar von jedem in Wiesbaden zur Aufführung gelangenden Film muß gleich nach Empfang dem Administrateur du Cercle de Wiesbaden-Ville vorgelegt werden.

Zu widerhandlungen gegen diese Verordnung werden bestraft.

Wiesbaden, 26. August 1919.

L'Administrateur du Cercle de Wiesbaden-Ville.
Signé: Toussan.

Bekanntmachung.

Brieftauben.

Die Zucht und die Beförderung von Brieftauben sind von jetzt ab frei. Die Taubenschläge müssen angemeldet werden und werden durch die alliierte Militärbehörde kontrolliert.

Am 20. August jeden Jahres müssen die Züchter ein Verzeichnis in doppelter Exemplar mit Erkennungsangaben der alten Tauben und der an diesem Datum flugfähigen jungen Tauben dem Herrn Administrateur Supérieur du District zukommen lassen.

Ausnahmsweise dürfen dieses Jahr die obengenannten Verzeichnisse am 1. September 1919 abgegeben werden.

Zu widerhandlungen werden durch das Militärgericht bestraft.

Wiesbaden, 26. August 1919.

L'Administrateur militaire du Cercle de Wiesbaden-Ville.
Signé: Toussan.

Veröffentlichung

zur Bekanntmachung des 25. 8. 19. § 8, B. 1.

Alle Zivilpersonen müssen bei jeder Gelegenheit und an jedem Ort gegenüber den Offizieren der Verbandsmächte ein vorwurfsfreies und gegenüber den alliierten Militärpersonen aller Rassen sowie den sie befehlenden Zivilpersonen ein korrektes Benehmen zeigen.

L'Administrateur du Cercle de Wiesbaden-Ville.

Signé: Toussan.

Die Freiwilligentruppen in Lettland.

Erregung der deutschen Truppen gegen die lettische Regierung. — Gehorsamsverweigerung und Zusammenstöße.

mx. Mitau 26. Aug. Ueber die Gehorsamsverweigerung deutscher im Baltikum stehender Truppenteile wird folgendes gemeldet:

Die lettische Regierung hatte im Baltikum den im Kampf gegen den Bolschewismus stehenden Truppen das Bürgerrecht zwecks Ansiedlung versprochen. Dieses Versprechen wurde gebrochen. Die deutsche Regierung hat gegenüber dieser Stellungnahme der lettischen Regierung die Zurückziehung der Truppen angeordnet. Der Kommission, die die Truppen im Interesse ihrer Forderung auf Siedelung zur Regierung gesandt habe, wurde wohlwollende Erwägung zugesagt. Die Truppe, die aus dem Verzicht der Kommission und der Tatsache der fortlaufenden Abfertigung von Truppen erkannte, daß ihr Streben nach Aufrechterhaltung ihres Rechts und die Bekämpfung des Bolschewismus außerhalb der Grenzen Deutschlands keine Unterstützung fand, will sich nicht auflösen lassen und hat durch ihre Vertreter am Sonntag folgenden Beschluß gefaßt:

Wir, die sämtlich in Lettland stehenden Truppen sind fest entschlossen, unter allen Umständen unser mit unserem Blute wohlverworbene, durch Vertrag verbrieftes Recht auf Bürgerrecht und Siedelung in Lettland aufrecht zu erhalten. Mit festem Vertrauen zu unseren Führern bitten wir diese, mit uns auszuhalten und nicht zuzulassen, daß wir um unsere Zukunft betrogen werden. Wir bitten einstimmig Herrn Major Bischof, diese unsere Bitte unserem Oberbefehlshaber Herrn Grafen v. d. Goltz vorzutragen. Im Namen der Delegiertenversammlung (sog.) Pionier Engel, 2. Pionierkompanie der Eisernen Division.

In Ausführung dieses Beschlusses wurden Telegramme an den Oberpräsidenten Wining, den Reichspräsidenten Ebert, den Reichskanzler Bauer, die Nationalver-

sammlung und Reichswehrminister Roske abgesandt, worin gesagt wird:

Sämtliche reichsdeutsche Truppen durch ihre Abgeordneten heute hier in Mitau vertreten, haben beschlossen, hier im Lande zu bleiben. Sie wollen die Erfüllung des Versprechens des Bürgerrechts und der Ansiedelung und seien bereit, weiter als Vorposten die Heimat, besonders Ostpreußen, vor den Bolschewisten zu schützen.

Hierzu wird von ausländischer Seite gemeldet: Die Reichsregierung hat noch vor kurzem, als der lettische Gesandte Schreiner sein Beglaubigungsschreiben überreichte, die lettische Regierung auf die Gefahr aufmerksam gemacht, die entstehen könnte, wenn die im Baltikum stehenden Truppen dem Befehl der Regierung entgegen, jene Gegend nicht verlassen wollten, in der sie sich ansiedeln wollten, weil ihnen durch Vertrag vom 20. Dez. 1918 das lettische Bürgerrecht versprochen wurde. Damit hat die deutsche Regierung ihr Versprechen erfüllt, daß sie den Truppendeputierten gegeben hatte, welche in Lettland vorstellig geworden waren und die Stimmung der Truppen schlichteten. Im übrigen ist die Reichsregierung verpflichtet, den Friedenvertrag zu erfüllen und sie muß deshalb mit allem Nachdruck darauf bestehen bleiben, daß die Räumung des Baltikums schnellstens erfolge. Der Schutz Ostpreußens gegen etwaige Einfälle bolschewistischer Vandalen hat an der Reichsgrenze zu geschehen. Hierfür wird in der notwendigen Weise Vorkehrung getroffen werden. Im Zusammenhang mit der Räumung des Baltikums war auch die Rückverlegung des 6. Reservekorps angeordnet worden und der Kommandierende des Korps Graf v. d. Goltz hatte den Befehl, nicht mehr nach Mitau zurückzufahren.

Als Graf v. d. Goltz am 24. Aug. von der Gehorsamsverweigerung eines Teiles der Truppen erfuhr, hielt er sich für verpflichtet, auf eigene Verantwortung nach Mitau zurückzufahren, um seinen Einfluß auf die Truppen geltend zu machen. Infolge der Unruhen kam es leider in Mitau auch zu Zusammenstößen mit lettischem Militär, wobei zwei lettische Kompanien entlassen und die lettische Kommandantur geplündert wurde. Graf v. d. Goltz hat in einem Schreiben an den lettischen Oberbefehlshaber dies gemildert und sein Bedauern ausgedrückt und angeordnet, daß die weggenommenen Waffen wieder zusammengebracht würden. Graf v. d. Goltz hat weiter einen Vorposten auf die Truppen eilen lassen. In dem die Verletzung der Truppen gegen den Befehl der Regierung gemildert wird. Die Regierung habe Verständnis für die Misshandlung, die unter den Freiwilligen herrsche, die sich nur deshalb anwerben ließen, weil sie auf eine Ansiedlung im Baltikum hofften; aber sie hat nicht die Machtmittel, die Wünsche der Truppen zu erfüllen. Die Regierung erwartet aber von den im Baltikum kommandierenden Truppenführern, daß sie die Truppen über die verhängnisvollen Folgen ihrer Disziplinlosigkeit aufklären und zum Gehorsam zurückbringen.

Für die Heimkehr der Gefangenen.

mx. Genf, 26. Aug. (Schweiz. Dep.-Agentur.) Das internationale Komitee vom Roten Kreuz verwendet sich in einem Brief vom 22. Aug. beim internationalen obersten Rat für die möglichst rasche Heimkehr der Kriegsgefangenen aus den Entente-Ländern. Trotz des formellen Grundes, daß der Friedensvertrag immer noch nicht von drei Großmächten der Alliierten unterzeichnet sei, sollte der darin vorgesehene Heimkehr der Kriegsgefangenen nun doch nicht mehr im Wege stehen, und man müsse schon jetzt Mittel und Wege dafür prüfen. Das heute vorliegende Programm erhebe in der großen Zahl der Kriegsgefangenen in den Entente-Ländern, die sich auf die verschiedensten Gegenden, auch außerhalb Europas verteilen, verwickelter als seiner Zeit die Heimkehr der alliierten Kriegsgefangenen aus den Zentralmächten. Wenn die Heimkehr der betrüblichen Menschenmassen sofort nach Inkrafttreten des Friedensvertrages beginnen würde, würde sie schon vor Eintritt des Winters beendet sein. Deshalb wünscht das Komitee dringend, daß die in Art. 235 vorgesehene Sonderkommission in den Stand gesetzt werde, die Arbeiten sofort zu beginnen, und daß ferner gleichzeitig Auditionen eingeleitet würden, um mit der österreichischen Delegation zu beraten. Diese Maßnahmen würden bewirken, daß die Entente die Kriegsgefangenen nicht einer weiteren Winter-Kriegsgefangenschaft aussetzen und Anordnungen treffen würde, die rasche Durchführung einer der Hauptbestimmungen des Friedensvertrages zu ermöglichen.

München, 26. Aug. Gestern trafen 2500 Angehörige der ehemaligen Armeeabteilung Scholz aus der Gefangenschaft in Serbien im Saal Reichel bei Augsburg ein und wurden dort herzlich empfangen.

Die Meldung, daß der Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen aus England begonnen habe oder in kurzem bevorstehe, hat sich der „F. A.“ zufolge als ein Irrtum erwiesen.

Gegen Rumänien.

mx. Paris, 27. Aug. (Reuter.) Der Oberste Wirtschaftsrat teilte der rumänischen Regierung mit, daß infolge ihres Vorwands alle Kontrakte über Lieferungen von Waffen und Kriegsmaterial aufgehoben werden und daß keine Lieferungen dieser Art Rumänien erreichen dürfen.

mx. Paris, 26. Aug. Das „Echo de Paris“ berichtet, daß das Kabinett in Bukarest die auf der Friedenskonferenz feierliche Teilung des Banats von Temeswar zurückgewiesen habe.

Erzberger, der Verderber.

mx. Berlin, 26. Aug. In der Frage des Notenumtausches gibt der Reichsfinanzminister amtlich bekannt: Ueber die Durchführung des Gesetzes gegen die Kapitalflucht haben in den letzten Tagen Besprechungen mit einem großen Kreis von Sachverständigen stattgefunden. Nach dem Ergebnis dieser Beratungen beabsichtigt der Reichsminister der Finanzen nicht den Umtausch des deutschen Papiergeldes vorzuschreiben. Eine Abkämpfung der Banknoten usw. ist überhaupt nie in Frage gekommen.

Herr Erzberger hat sich mit seinen Plänen zur Verhinderung der Kapitalflucht, die er nun zurückzieht, nicht nur blamiert, er hat vor allem dem deutschen Wirtschaftslieben einen Schlag versetzt, durch den Milliarden an Volkseinkommen verloren gegangen sind. Die unglückliche Entwertung der deutschen Mark im Ausland ist nur eine Folge der Erzbergerischen Pläne, die deutschen Banknoten abkämpfen oder umtauschen zu lassen. Als die ersten Nachrichten von diesen Plänen ausliefen, sind sofort riesige Summen deutschen Papiergeldes im Ausland zum Verkauf angeboten worden, die ausländischen Geldmärkte wurden noch kurzer Zeit mit deutschem Geld überschwemmt. Andererseits liegt die Nachfrage besonders nach holländischer und schweizerischer Währung im Angebots. So wünschenswert es wäre, Mittel und Wege zu finden, um die Flucht des deutschen Kapitals ins Ausland zu verhindern, so hätte der Reichsfinanzminister doch von vornherein sich sagen müssen, daß die Kriegsgewinnler und Schieber ohne Rücksicht auf die deutsche Volkswirtschaft verfahren würden, ihr Vermögen in Sicherheit zu bringen. Wir sind nun einmal in Deutschland leider so weit, daß allein der krasse Egoismus herrscht.

Erzberger in der Schweiz.

Reichsfinanzminister Erzberger ist in St. Moritz eingetroffen, wo sich auch Herr Scheidemann befindet.

Die Herabsetzung der Heeresstärke.

mx. Bern, 26. Aug. Offizielle Pariser Meldungen dementieren die Nachricht, daß zwischen der deutschen Regierung und der Entente Verhandlungen über den Aufhebung der deutschen Heeresverkleinerung stattgefunden hätten.

Parlamentarischer Konflikt in Braunschweig.

mx. Braunschweig, 27. Aug.

In der gestrigen Sitzung der Landesversammlung kam es anlässlich einer Interpellation der Unabhängigen, welche sich gegen die Auffassung des Hauptausschusses richtete, daß nach dem Inkrafttreten der Reichsverfassung der Einspruch des Braunschweiger Landesarbeitsamtes gegen die Errichtung von Einwohnerwehren und gegen die Verabschiedung des Haushaltsplanes hinfällig sei, zu Zusammenstößen zwischen den Abgeordneten Dertel und Eckardt und dem Vizepräsidenten Behrens. Als der Abg. Eckardt trotz des mit einer Stimme Mehrheit gefassten Beschlusses des Hauses ihn von der weiteren Sitzung auszuschließen, sich nicht entfernte, entfiel der Weiterauskunft, daß der Ausschluss Eckardts auf Grund der vorläufigen Geschäftsordnung nicht möglich sei. Aus Grund dieses Beschlusses des Hauptausschusses legte der erste Vizepräsident Behrens sein Amt nieder, worauf die Sitzung geschlossen wurde.

Englischer Handel in Deutschland.

mx. Amsterdam, 26. Aug.

Englische Blätter vom 25. Aug. bringen eine Neutermelung aus Köln, nach der zur Unerfüllung von britischen Firmen, die auf den deutschen Märkten Fuß fassen wollen, britische Verbindungsoffiziere, die den Wirtschaftsflecken in der von den Alliierten besetzten Zone angegliedert sind, nach Aachen, Koblenz, Mainz, Ludwigshafen und nach anderen Orten geschickt worden sind, um als britische Handelsagenten zwecks Auskunft und Unterstützung in Handelsfragen zur Verfügung zu stehen.

Abänderungen im Friedensvertrag mit Oesterreich.

mx. Amsterdam, 27. Aug.

Die englischen Blätter vom 25. August bringen eine Neutermelung aus Paris, die besagt, daß zahlreiche deutsch-österreichische Gegenentwürfe angenommen worden seien und daß der neue Friedensvertrag mit Deutsch-Oesterreich sich in vielen Punkten von dem ursprünglichen Vertrag unterscheiden wird.

Pogrome in Brünn.

mx. Wien, 26. Aug.

Die Blätter veröffentlichen Meldungen über gegen die Deutschen und Juden gerichtete Unruhen in Brünn, bei denen in den armen Straßen deutsche Firmenaufstellen und Straßenschilder herabgerissen und zertrümmert wurden. An den Ausschreitungen waren auch Leasinge beteiligt, ebenso Damen der besseren Gesellschaft.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 27. August.

Gegen den Wucher.

Die erhalten eine Zusage, in der es u. a. heißt: „Die einzige Lösung dieser so wichtigen Frage kann daher nur in einer erheblichen Steigerung der Mittel der öffentlichen Verwaltung des freien Erwerbslebens gefunden werden. Haben alle diese Wucherer schon die Jahre hindurch fast ausschließlich ihre Kräfte in der schändlichsten Weise ausgebeutet, so ist es gewiß nur recht und billig, wenn nunmehr seitens der Konsumenten rückstandslos vorzugehen und diesen Betrüger endlich das Handwerk gelegt wird.“

Ich möchte daher anfragen, daß die für den täglichen Bedarf notwendigen Lebensmittel für die Police behördlich unmittelbar von den Erzeugern aufgekauft und unter Ausschaltung des Zwischenhandels an die Verbraucher vertrieben werden; d. h. mit anderen Worten, jede Behörde hätte für den Kreis ihrer Bediensteten den Bedarf festzusetzen und aufzukaufen und unter Anrechnung der Ausgaben an diese abzugeben. Alle übrigen Verbraucher dagegen wären durch Errichtung weiterer städtischer Läden durch die Kommunalverwaltung zu versorgen. Hierdurch würden die Produzenten mangels einer anderen Abgabemöglichkeit gezwungen werden, ihre Erzeugnisse zum festgesetzten Höchstpreise abzugeben. Um den Zwischenhändlern nicht jede Verdienstmöglichkeit zu nehmen, wäre ihnen der Verkauf von Lebensmitteln unter behördlicher Festsetzung eines bestimmten Preiszuschlags zu dem Höchstpreise zu gestatten.

Der Ernst der Zeit erfordert es, daß rücksichtslos gegen alle Preistreiber vorgegangen wird, soll die Lebensführung der Minderbemittelten nicht bis zur Unmöglichkeit erschwert werden.

Diese Zusage beweist wie unzählige andere, wie sehr der Wucher als Todfeind einer geregelten Versorgung der Gemüter erregt, und wie sehr unsere Versuche zu seiner Bekämpfung bei unseren Befehlshabern finden. Sie wissen, daß sich unsere Anschauungen nicht in allem mit denen des Verfassers obiger Zeile decken. Wir leben nach wie vor in der Aufhebung der Zwangsbeschränkung und ganz rücksichtslos durch Führung solcher Höchstpreise, die jede wucherische Ausbeutung der Vorräte ausschließen, den alleinigen Weg zur Befreiung von dem Druck der Schieber und Wucherer. Eine behördliche Verfolgung nur der Angehörigen dieser Behörden würde eine einschneidende Vorurteilsbildung sein, könnte aber als Preisbestimmungsstelle immerhin von Vorteil sein. Achtung und Angst vor dem Richter und dem Gesetz gehören außerdem zu den Grundlagen für eine Besserung. Daß sie möglich ist, beweisen die Verhältnisse beim Obst.

H. G.

Verlobung im Hause von Meister. Herr Regierungspräsident a. D. Dr. Otto von Steinmeier und Gemahlin zeigten in der „Wiesbadener Zeitung“ die Verlobung ihrer Tochter Marie Louise von Steinmeier mit dem Herrn zum See d. R. Herrn Wolfram von Meister in Bad Homburg an.

Zugverkehr. Nach einer Bekanntmachung im Anstalten wird ab Donnerstag, 28. August, der direkte Zugverkehr zwischen Frankfurt-Dornberg-Mannheim, zwischen Darmstadt und Gießen, zwischen Wiesbaden und Worms, sowie zwischen Kempten und Worms wieder aufgenommen.

Ein Hilfsausflug für Rheinländer. hat sich in Berlin gebildet. Er soll die Beziehungen zwischen dem besetzten Rheinland und dem übrigen Deutschland, besonders Berlin, erhalten helfen. Beratungsstelle: Berlin W. 56, Oberwallstr. 22. Leitung: Präsident Kaufmann vom Reichsverkehrsamt.

Ein kein unersetzliches Objekt. Aus vielen Meldungen geht hervor, daß der Genuss des unersetzlichen Objekts, besonders der oft noch halboffenen Zweifeln, zu schweren Gesundheitsstörungen führt. So wurden in Bornheim an einem Tage fünf Personen wegen Nahrungsmittels in das Krankenhaus eingeliefert. Vermeldet auch beim Genuss von Steinobst das Bakterien!

Von der Kartoffelverfälschung. Wie wir an zuständiger Stelle erfahren, hat der Reichsausschuss dem Reichsrat mitgeteilt, daß die Landwirte des Reichslandes Wiesbaden es ablehnen müssen, in diesem Herbst Kartoffeln unmittelbar durch Führer an die Verbraucher in der Stadt zu liefern. Maßgebend für den Entschluß des Reichsausschusses ist der Mangel an Arbeitskräften auf dem Lande, das Befehlen von Säen und die Erwägung, daß durch den unmittelbaren Verkehr zwischen Landwirt und Verbraucher die Gefahr einer Mehrverfälschung Einsetzen zum Schaden der Gesamtheit gefördert wird. Für die Stadt, die gezwungen wäre, mit Kartoffeln oder durch die Bahn die Kartoffeln herbei zu schaffen, würde dieser Verlust des Reichsausschusses eine ungewöhnliche und unsere Erzeugnisse überflüssige Belastung und Erschwerung der Versorgung bedeuten. In früheren Jahren sind von den rund 400 000 Zentnern Kartoffeln, die für Wiesbaden in Frage kommen, rund 80 000 bis 100 000 Zentner unmittelbar vom Erzeuger an den Verbraucher geliefert worden. In diesem Jahre müssen aus diesen 100 000 Zentner erst in die städtischen Lagerhäuser geschafft werden und von ihnen zur Verteilung kommen. Die ganze Angelegenheit — die Veranlassung ist durchaus unklar und völlig zu widerlegen — erscheint uns so sinnlos, daß wir nur hoffen können, daß sie eine alle Fälle befriedigende Lösung findet. Es ist nicht an der Zeit, die Beziehungen zwischen Stadt und Land noch weiter zu verschärfen, viel mehr ist es nötig, daß die beiden noch nicht aufhebbarer Zwangsverhältnisse der Kartoffeln so durchzuführen wird, daß möglichst wenig von diesem kostbaren Volkserzeugnis verloren geht. Und das erreicht man sicher nicht durch eine Verlängerung des Weges, der vom Land in den Keller des Verbrauchers führt!

Aus den Vororten.

Erbenheim.

In der letzten Gemeindevorstellung wurden zunächst Ortsanfragen für die Bekehr bewilligt. Dieselben wurden nach einstimmiger Entscheidung wie folgt festgesetzt: Vom 1. — 5. Dienstjahre 150 M., vom 6. — 10. Jahre 300 M., vom 11. — 15. Jahre 450 M. und nach dem 16. Jahre 600 M. Lehrerinnen erhalten die Hälfte. Dem Hilfsfeldhüter Ludwig Koch, einem Kriegsbefehlshaber, wurden monatlich 30 M. Zuzahlung bewilligt. In den Ortsanfragen für Wohnortpflege wurden gewählt: Rektor Grünwald, Lehrer Dienstadt, Dr. Gerdorf, Gemeindevorsteher August Stäger und Krankenschwester Lisette. Der Antrag eines auswärtigen Interessenten zufolge soll eine Gemeindechronik angelegt werden. Herr Pfarrer Hummer soll mit der Auflegung derselben betraut werden. Für ein Mitglied der Lebensmittelskommission wird eine Entschädigung von 30 Mark für Arbeitszeitverlust bewilligt. In der

Folge sollen unvorhergesehene Verteilungen von Lebensmitteln an vertriebenen Stellen unseres Dorfes zur Bekanntmachung gelangen. Nach einem landrätlichen Schreiben soll eine Kommission zur Verteilung der Lebensmittelungen eingesetzt werden. Die Verteilung beschließt, es bei dem jetzigen Modus zu belassen.

Dohheim.

Polizeinacht. Der Fänger Karl Köppen ist als Hilfspolizeibeamter beschäftigt worden und hat als solcher seinen Dienst angetreten.

Aus Nassau und Nachbargebieten.

S. Geisenheim, 25. Aug. Die hiesige Spar- und Leihkasse ist vor einiger Zeit in ein neues Geschäftshaus umgezogen. Der Geschäftsbetrieb hat sich derartig ausgebaut, daß die jetzt stattgefundenen Hauptversammlungen den Wunsch hatte, der Genossenschaft eine mehr bankmäßige Beschaffenheit zu geben. Es wurde einstimmig beschlossen, der Kasse den Namen Rheinische Volksbank zu geben.

*** Höchst a. M., 26. Aug.** Verhaftet wurde nach dem „S. R.-M.“ hier ein Mädchen namens Birnbaum aus Sonnenberg, das hier wohnenden Verwandten 1500 Mark abgehoben und außerdem in Wiesbaden einem Kräutlein den Schein über das auf dem dortigen Hofhof lauernde Gewand abgeschwindelt und damit den Koffer sich angeeignet hatte. Aus diesem hat es dann die Kleider und Schmuckstücke des Mädchens im Werte von etwa fünftausend Mark abgehoben und sie mit Hilfe eines Mannes namens Scotti zum Teil verkauft, zum Teil verheimlicht. Scotti befindet sich auch in Haft; die abgehobenen Sachen konnten der Eigentümerin wieder zugeführt werden.

Gericht und Rechtspflege.

Fo. Französisches Militär-Polizeigericht Wiesbaden. Ohne daß kam unklare Rosa Sch. gebürtig von Dieblich, aus dem unbesetzten Gebiet. Sie wurde angehalten und verurteilt in eine Gefängnisstrafe von zwei Tagen und in eine Geldstrafe von 50 M. — Aus demselben Grunde erhielt der Karl Böhmer aus Dieblich eine Gefängnisstrafe von 15 Tagen. — Der Landwirt Philipp Wecht aus Dieblich hatte bei der Abhaltung eines Appells eine ungebührliche Haltung an den Tag gelegt. Urteil: 50 M. Geldstrafe. — Weil sie anmahnende und ungebührliche Neben, etwa 150 Mark, französisch abhandelt, verurteilte das Gericht den Johann Doh und den Theodor Sudhoff, beide aus Dieblich, zu einem Monat Gefängnis bzw. zu einer Gefängnisstrafe von 15 Tagen. — Acht Einwohner aus Nassau, Schierheim und Dieblich wurden in Dieblich von fünf bis zwanzig Mark wegen Vohvergehens und Uebertretung der Polizeistunde genommen.

Vermischtes.

Auf der Flucht erschossen.

mz. Amsterdam, 27. Aug. Der „Telegraaf“ meldet aus Blijssingen: Ein deutscher Kriegesflieger, der bei Rotterdam nach Holland an Landen verlor, wurde von der belgischen Grenzwehr erschossen.

Cholera in China.

Die „Times“ melden aus Peking, daß in Schanghai eine ernste Choleraepidemie wüte und sich von dort in nördlicher Richtung über China ausbreite. Unter den Ausländern in China herrsche darüber große Beunruhigung. In Mukden sollen der Cholera täglich 150 Personen zum Opfer.

Abzug eines Autos. Ein mit Seft beladenes Auto wurde zwischen Lutzerath und Rastbach bei Trier einen steilen Abhang hinab. Von den Insassen blieben drei tot.

Für 6 Millionen Kronen geschmuggelt. „Südwestische Nachrichten“ zufolge ist die amtliche Untersuchung der bei Treleborn von einem deutschen Konsulenten abgeworfenen Pakete, deren Inhalt Schmutz und Wertgegenstände des Exarchen von Albanien sein sollten, abgeschlossen. Es hat sich herausgestellt, daß die Pakete eine Anzahl kleinerer Pakete enthielten, die mit verschiedenen Dingen versehen waren und verschiedenen Besitzern gehörten. Der Arch von Albanien ist danach nur Eigentümer von etwas mehr als einem Viertel der Verpackungen. Genauere Angaben über die anderen Besitzer konnte das Blatt nicht erhalten; es sei aber anzunehmen, daß mehrere ehemalige Fürsten dabei interessiert seien. Der Wert wird jetzt auf 6 Millionen Kronen beziffert. Die Schmuggler begeben hauptsächlich aus Diadem, Kollier, Haarschmuck, Broschen usw. Die Zollbehörden dürfte die Anklage wegen Schmuggels erheben.

Ein Depositionenversteher als Fälscher. Ueber die Unterschlagungen bei der Deutschen Bank wird in Berliner Blättern noch mitgeteilt: Die Unterschlagungen sind durch den zwanzigjährigen Hilfskassierer A. A. A., der die Depositionen in der Wohnung 89/90 leitete, vorangetrieben worden. A. A. hat eine eigene Bank in Berlin unterhalten. Den Anhalt für sich behalten und durch gefälschte Kassenscheine in den Banken die Kasse betrogen. Die Unterschlagungen, die den Betrag von 400 000 Mark erreichten, sind in den Jahren 1918 bis 1919 gemacht worden. Die Diebstahls waren nur möglich, weil das Kontrollsystem während des Krieges vernachlässigt werden mußte. Das Geld ist auf den Kassenbüchern durch Fälscher verloren gegangen.

Vollwirtschaft.

Berliner Börse.

Montanwerte auf Dekungen erhöht. Aus Berlin, 26. Aug. wird gemeldet: Mit der aus Holland gemeldeten Besserung des Ruhrkurzes kam ein tieferer Zug in das bisher darniederliegende Geschäft. Das Interesse der Spekulation wurde von den Rohstoffwerten abgezogen und wandte sich den einheimischen Werten zu. Canada- und Petroleum-Aktien bewarfen sich unklar auf dem gestrigen Kursstand. Dagegen notierten Schantung- und Orientbahnen höher. Das Doumentgeschäft wies sich in Montan- und Kolonialwerten ab, wo erstere bis 4 Prozent Besserungen erzielten. Auf den übrigen Märkten blieb Geschäftstille vorherrschend. Zu der Erhöhung am Montanmarkt sollen Dekungen wesentlich beigetragen haben. Aktienanleihe notierte 78,80 bis 79, Schatzscheine und alte Anleihen waren beliebt.

Berlin, 26. August 1919.

	V.K.	L.K.		V.K.	L.K.
Schantung.....	129.50	133.75	Gelsenkirchen.....	162.50	163.50
Lombard.....	19.50	—	Harpener.....	152.75	153.50
Hamburg-Amerika.....	99.50	99.50	Reichsbank.....	282.50	281.75
Nord-Lloyd.....	99.37	100.75	Kali Ascherleben.....	159.63	160.50
Berlin-Hamburger.....	150.75	150.75	Lammyer.....	110.50	109.50
Darmstadt Bank.....	105.75	105.60	Lammyer.....	150.50	150.50
Deutsche Bank.....	193.75	193.75	Oberschles. Eisen.....	139.75	144.75
Disconto Commandit.....	153.50	153.50	Phönix.....	169.75	173.50
Dresdner Bank.....	127.12	127.50	Rheinische Metall.....	149.75	148.25
Adlerwerke.....	202.50	201.50	Rhein. Stahlwerke.....	130.50	130.25
Algen. Elektrik.....	165.50	165.50	Rhein. Montan.....	178.25	180.50
Badische Anilin.....	324.50	327.50	Schmeckert.....	117.75	116.50
Bochumer Guß.....	160.50	161.75	Siemens & Halske.....	154.50	154.75
Bader.....	130.25	131.50	Vor. Olin. Rott.....	154.50	153.50
Chem. Grisehm.....	190.25	190.12	Westereg. Alkali.....	219.50	217.50
Chem. Albert.....	315.50	315.50	Zeisswerk Wal. Hof.....	160.50	160.50
Daimler Motoren.....	195.50	195.75	Zugun.....	210.50	216.50
Deutsche Lohndruck.....	139.75	141.50	Ost. Minen.....	171.50	168.50
Deutsche Wollfäbr.....	199.50	197.25	Ost. Grunau.....	123.50	126.75

Berlin, 26. August.

Devisenmarkt.

	25. August 1919	26. August 1919
Holland.....	817.50	812.50
Dänemark.....	462.50	460.50
Schweden.....	513.50	511.50
Norwegen.....	488.50	486.50
Schweiz.....	377.25	375.50
Oesterreich-Ungarn.....	42.45	42.40
Spanien.....	383.50	381.50
Belgien.....	136.25	136.25

Produktionsmarkt. Berlin, 26. Aug. In Oester lag heute aus Überschüssen etwas mehr Angebot vor, wogegen sonstige Offerten nur mäßig waren. Die Zufuhren von den Provinzen sind vielfach schon reichlich vorhanden und die Abnehmer verkaufen schon Verfügungen für ihre Septemberverläufe zu erhalten. Bei geringer Unternehmungslust waren die Preise nur geringfügig verändert. Für Erbsen gehalten sich die Tendenz sehr fest. Besonders von Thüringen werden dafür recht hohe Preise verlangt. Lupinen und Seradella liegen etwas fester.

Börsen und Banken.

Englische Kasse in Donau-Dampfschiffahrts-Aktien. Der „Volksanzeiger“ meldet aus Budapest: Die hier mit Bestimmtheit verlautet, hat ein großes englisches Konjunktum die Aktienmehrheit aller ungarischen und deutsch-österreichischen Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaften in seinen Besitz gebracht, wodurch fast der gesamte Donauverkehr in die Hände der Engländer geraten ist.

Gründung der Reichsanleihe-Aktien-Gesellschaft. mz. Aus Berlin, 27. Aug. wird gemeldet: Gestern Nachmittag fand in den Räumen der Reichsbank die Gründung der Reichsanleihe-Aktien-Gesellschaft statt. Das Kapital beträgt vierhundert Millionen Mark, auf welches zunächst 25 Prozent eingezahlt sind. Der Vorstand besteht aus dem Geh. Finanzrat, Mitglied des Reichsbankdirektoriums, Dr. Karl v. Grunow, Herrn Bankier Hermann Waller, Geschäftsinhaber der Diskontogesellschaft und Herrn Oskar Wassermann, Direktor der Deutschen Bank. Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der Reichsbankpräsident Dr. Davenstein, erster Stellvertreter Herr Franz v. Mendelssohn und zweiter Stellvertreter Herr Herbert Gumbmann.

Schiffs-Nachrichten.

Dampfer „Gelia“ in Amsterdam.
 „Hollandia“ 13. August von Santos. Heimreise.
 „Frisia“ 14. August von Bago.
 „Hollandia“ in Amsterdam.
 „Hollandia“ in Gibraltar.
 „Hollandia“ 15. August von Dungeness. Ausreise.
 „Hollandia“ 15. August von Dungeness. Ausreise.
 „Hollandia“ in Bodo.
 „Hollandia“ 16. August von Dungeness. Ausreise.
 Generalagentur: Born und Schottenfeld, Wiesbaden, Hotel „Kaiserhof“.

Unterricht.

Wiesbadener Konservatorium für Musik. Am Montag, den 1. September beginnt der Unterricht wieder in allen Fächern und Abteilungen.

Wasserstände am 26. August. Birgen 1.74, Rheingau 2.39, Raab 1.86, Koblenz 1.84, Köln 1.54, Wesel 0.19, Würzburg 0.44, Frankfurt 2.28, Trier 0.02 u. R., Dillbrom 0.27.

Verantwortlich für deutsche und ausländische Politik: Dr. Grotius; für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltung- und volkswirtschaftlichen Teil: Dr. G. Grotius; für Stadt- und Landwirtschaft, Verkehr und Sport: Dr. Grotius; für die Angelegenheiten des Reichs: Dr. Grotius; für die Angelegenheiten des Reichs: Dr. Grotius.

Druck u. Verlag der Wiesbadener Verlags-Anstalt G. m. b. H.

Gummi-
und imprägniert seidene
Damen-Mäntel
Neue Formen. Viele Farben
Alle Größen. Viele Preislagen
F. Hertz
Damen-Moden - Langgasse 20.

Bekanntmachung.

Die für Samstag, den 30. August, nachmittags 1 Uhr anberaumte Jagd-Versteigerung findet

nicht

statt. Ein späterer Termin wird noch bekannt gegeben.
 Wiesbaden, den 22. August 1919.
 Der Jagdvorsteher: H. A. Bürgermeister.

Wiederaufnahme des Zugverkehrs.

Mit Genehmigung der internationalen Eisenbahngesellschaft wird der durchgehende Zugverkehr auf den Strecken:

Frankfurt a. M. — Dornberg — Mannheim,
 Darmstadt — Gießen,
 Wiesbaden — Worms,
 Bensheim — Worms,
 Lampertheim — Worms

ab Donnerstag, den 28. August d. J., in beschränktem Umfang wieder aufgenommen. Beim Grenzübertritt müssen die Reisenden die vorgeschriebenen Pässe vorzeigen. Die Gepäckübernahme ist zugelassen. Die Reisenden, die Gepäckstücke im Packwagen haben, haben sich zur Gepäckrevision auf den Kontrollstationen unangefordert am Packwagen einzufinden, andernfalls das Gepäck zurückgelassen wird. Kontrollstationen sind: Gießen und Wiesbaden für die Strecke Frankfurt a. M. — Mannheim, Gießen für die Strecke Darmstadt — Gießen, Gießen und Worms für die in Worms einmündenden Linien von Wiesbaden, Bensheim und Lampertheim. Der Fahrplan wird durch Auskang bekannt gegeben. Nähere Auskunft erteilen die Stationen und Fahrkartenausgabestellen.

Mains, den 25. August 1919.

Eisenbahndirektion, 12.21